

„Die Deutungsmacht der Politischen Elite“

Politik und Medien im „Krieg gegen den Terror“

Christoph Marischka

1. Einleitung	3
1.1. Deutungsmacht ist Macht.	3
1.2. Es ist Krieg	4
2. Forschungshintergrund	5
2.1 Medien wirken, aber wie ?	5
2.2 Medien und Politik	7
3. Der 11. September und die „falsche Einstimmigkeit der Kommentare“...	9
3.1. ... der Politiker	9
3.2. ...und der Medien.	12
3.3. Der weitere Diskurs in Deutschland.	14
4. Ursachen und Methoden der Deutungshoheit.	17
4.1. Informationelle Repression, Konformität und die Fokussierung auf die politische Elite und deren Agenda.	18
4.2. Wege zur Deutungsmacht oder die beiden Gesichter der Zensur.	27
5. Ergebnisse und Schlussfolgerungen...	32
5.1. ...dieser Arbeit	32
5.2. ...und darüber hinaus.	35
5.3 Nachtrag zur Haltung der Bundesregierung zur Irak-Frage	36
6. Literatur:	37
Internet :	38

1. Einleitung

1.1. *Deutungsmacht ist Macht.*

Politik ist Kommunikation. Die Art und Richtung des politischen Diskurses sowie dessen Inhalte manifestieren und offenbaren also auch die Struktur der Herrschaft in einer Gesellschaft. Ob der Familienvater am Mittagstisch ein „Machtwort“ spricht, oder der Bundeskanzler postuliert : „Das war ein Angriff auf die gesamte zivilisierte Welt“, das Ausmaß in dem diese Aussagen kritisiert werden und in den familiären bzw. politischen Diskurs eingehen zeigt uns, wie viel Deutungsmacht und, insofern sie Handlungen bedingen, Macht das Individuum bzw. die Institution haben. Auf der Ebene des politischen Systems kommt dabei den Massenmedien als „vierte Gewalt“ und Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Politik eine enorme Bedeutung zu, wird in ihnen doch der überwiegende Teil des politischen Diskurses ausgetragen. Von ihnen hängt es ab, ob etwa „Sachzwänge“ unhinterfragt in die Öffentlichkeit transportiert und sozusagen zum Paradigma, zum Möglichkeitsraum des weiteren Diskurses werden oder welche und wessen Freund- und Feindbilder etabliert werden.

Angesichts neuer Herausforderungen an demokratische Legitimation supranationaler Regime wie der EU und der WTO ist eine genaue Analyse der Struktur des politischen Diskurses nötig. Im Falle der EU schlagen viele Politikwissenschaftler die Implementierung eines möglichst herrschaftsfreien Diskurses im Sinne der Habermasschen Deliberation vor, um das Legitimationsdefizit zu überwinden¹. Zur gleichen Zeit allerdings zeigt sich, das werde ich in dieser Arbeit zu belegen versuchen, daß an diesem herrschaftsfreien Diskurs, jedenfalls im Bereich der Außenpolitik, von Seiten der politischen Administration kein Interesse besteht, im Gegenteil bewusst Informationen unterschlagen werden, Andersdenkende einen Maulkorb verpasst bekommen und mit Hilfe von privaten PR- Agenturen Feindbilder erzeugt werden um einen nicht vorhandenen Konsens in den Medien zu konstruieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

¹ Etwa Schmalz-Bruns, Rainer : „Bürgerschaftliche Politik – Ein Modell zur Demokratisierung der Europäischen Union ?“ in : Wolf (Hg) : „Projekt Europa im Übergang“, Baden Baden, 1997 oder Joerges/Neyer : „Transforming strategic interaction into deliberative problem solving“, in : Journal of European Public Policy 4/1997

1.2. Es ist Krieg

Eine mir noch wesentlich wichtigere Begründung dieser Arbeit ist die Tatsache, daß es sich beim sogenannten „Krieg gegen den Terror“ um einen Krieg mit unabsehbaren Folgen handelt und zwei Spezifika des politischen Diskurses diesbezüglich nachdenklich stimmen sollten :

1. Trotz des historisch erstmaligen Ausmaßes bundesdeutscher Beteiligung, etwa der Spezialeinheit KSK (Kommando Spezialkräfte) als Bodentruppe, wird über den anhaltenden Krieg in Afghanistan spärlichst berichtet und offensichtlich tut die Regierung auch einiges dafür, dass es so bleibt, dass die kriegerische Auseinandersetzung bei der Bevölkerung in Vergessenheit gerät bzw. die deutsche Bevölkerung an einen permanenten Krieg an der Peripherie gewöhnt wird.
2. Die Rhetorik vor allem des US- amerikanischen Präsidenten als auch anderer politischer Akteure, ein konstant aufrechterhaltenes Bedrohungsszenario, sowie die Formulierung und ständige Zitierung Huntingtons These vom „Kampf der Kulturen“ könnte sie wahr machen oder zumindest zu einer neuen Polarisierung der Welt entsprechend dem Ost-West Konflikt führen.

Deshalb ist es wichtig, die Mechanismen des politischen Diskurses im Kriegsfall zu beleuchten. Wer an einer friedlichen Welt interessiert ist, muss sich im klaren sein, wie Krieg legitimiert wird.

Zunächst werde ich einige Theorien zur Medienwirkung und dem Zusammenhang zwischen Medien und Politik vorstellen. Davon ausgehend versuche ich anhand der Reaktionen der Politiker auf die Terroranschläge zu zeigen, dass innerhalb der politischen Elite ein 'Consensus' bestand, der eine militärische Eskalation nahelegte. Eine Analyse der Reaktionen der Medien und des weiteren Diskurses in Deutschland zeigt im Anschluss, wie dieser 'Consensus' die Medienagenda dominierte und belegt damit die Deutungsmacht der Politiker in den deutschen Medien. Um die Ursachen dieser Deutungsmacht herauszuarbeiten systematisiere ich die Defizite der Berichterstattung über den 'Krieg gegen den Terror' anhand eines Vergleichs mit den Regeln für anderen, also friedensfördernden Journalismus, die Johan Galtung aufstellte. Als Hauptursachen kristallisieren sich dabei die informationelle Repression bzw. Zensur durch die politische Elite einerseits und die Bereitschaft der Medien, deren Agenda und Interpretationen zu übernehmen andererseits heraus. Nachdem

ich einige Beispiele für die bewusste Manipulation der Berichterstattung durch staatliche Akteure aufzeige fasse ich meine Schlussfolgerungen zusammen und werfe zum Abschluss die Frage auf, ob solch ein 'Consensus' nicht grundsätzlich besteht und die aufgezeigten diskursiven Zusammenhänge zwischen politischer Elite und Medien auf alle Politikfelder übertragbar sind.

2. Forschungshintergrund

2.1 Medien wirken, aber wie ?

Die Forschung über den Zusammenhang zwischen Politik und Medien und seine besonderen Ausprägungen im Kriegsfall ist ebenso umfangreich wie ihre Ergebnisse vielseitig sind. Die Medienwirkungsforschung ging nach dem Aufkommen der Massenmedien und ihrer Instrumentalisierung im dritten Reich von einem fundamentalen Einfluss der Medien auf die Einstellungen und politischen Präferenzen der Öffentlichkeit aus. Das simple Reiz– Reaktions- Schema wurde allerdings im Anschluss an eine Studie von Lazarsfeld in den 40er Jahren verworfen bzw. relativiert, nicht zuletzt deshalb, weil sich kaum empirische Beweise finden ließen. Man ging in der Folge von Konzepten schwacher Medienwirkung und vom aktiven Rezipienten aus, der die von den Massenmedien gebotenen Informationen selektiert und elaboriert. Dementsprechend besagt die Verstärkerhypothese, dass bereits vorhandene Einstellungen und Haltungen durch die Medien lediglich verstärkt werden. Dennoch ist das mediatisierte Abbild der Wirklichkeit wesentlich an unserer Sozialisation, an der Herausbildung unseres Wertesystems und unseren Einschätzungen von Gut und Böse beteiligt. Andererseits stellt sich die Frage, Welche Themen bei der Mediatisierung hervorgehoben werden und welche unter den Tisch fallen². Elisabeth Noelle-Neumann formulierte in den 70er Jahren die Theorie der Schweigespirale, welche zu beschreiben versucht, wie und warum solche Themen oder Standpunkte aus dem Diskurs verdrängt werden und begründete damit die spezifischen Konzepte starker Medienwirkung. Einige Hypothesen dieses Forschungsbereiches wie die Agenda-Setting-Hypothese und die Theorie der Schweigespirale harren bis heute ihrer empirischen Fundierung³, obwohl sie aus einer fast zwingenden Logik resultieren. Wie problematisch es ist, Medienwirkung nachzuweisen zeigt sich auch am bereits wieder versiegenden

² Peter Winterhoff-Spurk : „Fernsehen : Fakten zur Medienwirkung“, Bern ; Göttingen : Huber, 2001

Diskurs über Gewalt im Fernsehen und in Computerspielen im Anschluss an das traurige Ereignis an einem Erfurter Gymnasium. Obwohl es unüberblickbar viele Studien zur Auswirkung von Gewaltdarstellung im Fernsehen auf Jugendliche gibt, kann man kaum mehr resümieren als „auf jeden Fall wäre es besser ohne“.

Parallel zu diesem aus der Psychologie stammenden Forschungszweig entwickelten Soziologen (allen voran Foucault), Politologen und Linguisten die Diskursanalyse⁴. Sie geht davon aus, dass der - sich aus verschiedenen Spezialdiskursen zusammensetzende - Interdiskurs selbst eine Realität darstellt, und somit auch die Möglichkeiten und Wertungen definiert. So kann also jeder an der Konstruktion der Wirklichkeit teilnehmen, wenn er es schafft, sich in den Interdiskurs einzuklinken. Die Machtstruktur einer Gesellschaft zeigt sich also daran, inwiefern diese Möglichkeit besteht. Wegen der hohen Abstraktion, Macht durch die Durchsetzungsfähigkeit einzelner Narrative im Diskurs zu messen, ist bei einer Diskursanalyse ein hohes Maß an Präzision gefordert⁵, weshalb sie sich eigentlich nur auf einzelne Publikationen oder sehr enge Themengebiete anwenden lässt.

In ihren „Diskursanalytische Überlegungen zur Bild-Berichterstattung unmittelbar nach dem 11.9.2001“⁶ zeigt Iris Bünger welche Bedeutung die reißerische Berichterstattung haben kann : *„Die in der Bild-Zeitung immer wieder untermauerte Definition des Terrors als ‘Krieg’ und die Beschwörung des ‘Wir und die Anderen’ mit den daran anknüpfenden Handlungsaufforderungen bergen die Gefahr einer Polarisierung der Welt in sich, und machen Bestrebungen zunichte, die auf eine stärker von Miteinander, Gleichberechtigung und Demokratie geprägten Zukunft im Hinblick auf das Zusammenleben in der Welt zielen.“* Volker Heins vom Institut für Sozialforschung Frankfurt führte eine Diskursanalyse der Tageszeitung (taz) und der FAZ durch⁷, in welcher er die Leitartikel und Kommentare beider Zeitungen zwischen dem elften September und dem 16. November verglich, indem er „...erstens die narrativen Plots der Berichterstattung, die sich aus der Auswahl, Erklärung und Bewertung einzelner Ereignisse sowie der Kopplung mit anderen Ereignissen ergaben, zweitens die Konstellation der Charaktere des dargestellten politischen

³ Eine kurze Zusammenfassung aktueller Studien zu Teilaspekten der Medienwirkung findet sich im internet unter http://www.uni-leipzig.de/~cwuensch/pk_ws0001_literaturrecherche_zusammenfassung.PDF

⁴ Reiner Keller (Hg): „Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse Band: 1-Theorien und Methoden, 2001
⁵ Jäger, Siegfried: „Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung“, Duisburg, 1993

⁶ Iris Bünger : „Apocalypse Now? - Diskursanalytische Überlegungen zur Bild-Berichterstattung unmittelbar nach dem 11.9.2001“ : in DISS – Journal Nr. 9, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 2001

⁷ http://www.ifs.uni-frankfurt.de/people/heins/heins_tutzing.pdf

Dramas, in denen sich zentrale normative und politische Gegensätze spiegeln“ rekonstruierte. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass die Berichterstattung der konservativen FAZ auf eine „mentale Verhärtung“ ihres Lesepublikums abzielen scheint und für eine Überwindung der postmaterialistischen Politikinhalte hin zu einer realistischeren und selbstbewussteren Außenpolitik wirbt, indem sie kulturelle Distanz zu den Moslems, Kritik am amerikanischen Sendungsbewusstsein und der beschränkten außenpolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands übt. Die taz hingegen stelle Bush wie Schröder als tragisch- komische Akteure dar, die nun der Eigendynamik der losgetretenen „Gewaltspirale“ ausgeliefert wären.

Diese punktuelle Analyse zweier zwar aus unterschiedlichen politischen Lagern stammenden Zeitungen kann aber keinesfalls den gesamten politischen Diskurs abbilden. Dieser lässt sich zweifellos nur durch erhebliche Reduktion aller veröffentlichter Aussagen und Einschätzungen rekonstruieren, indem man sich auf die Quintessenz des Interdiskurses konzentriert. Wenn ich von ´der Berichterstattung´ schreibe, beziehe ich mich also v. a. auf die generalisierten Inhalte der Titelseiten und Abendnachrichten, der Inhalte, die den größten Teil der Bevölkerung erreichen. Ich werde also Spezialdiskurse wie etwa der Friedensbewegung nicht berücksichtigen, da sie kaum Einfluss auf den Interdiskurs ausgeübt haben und statt dessen versuchen, die wesentlichen Narrative in den verbreitetsten Medien herauszuarbeiten. Dementsprechend verstehe ich im Folgenden unter dem Begriff ´Medien´ auch nur die dominierenden Tageszeitungen, die Fernsehsender und die verbreitetsten Magazine. Das Radio und das Internet habe ich ausgeblendet.

2.2 Medien und Politik

Als nächstes stellt sich die Frage in welchen theoretischen Zusammenhang dieser Diskurs mit der Außenpolitik gebracht wird.

Im Anschluß an den in Echtzeit mediatisierten Golfkrieg sind einige Arbeiten zum sogenannten CNN-Effekt erschienen. Die These vom CNN-Effekt besagt, dass die 24-Stunden Berichterstattung den politischen Akteuren die Entscheidungen über außenpolitisches Handeln vorwegnimmt, beziehungsweise sie unter Druck setzt, nicht mehr rational das Für und Wider einer Intervention abzuwägen, sondern sich der öffentlichen Meinung zu beugen, die etwa durch regelmäßige Fernsehbilder von verhungerten oder sonst wie leidenden Menschen erzeugt wird oder eben auch

nicht. Der UN Generalsekretär Boutros-Ghali drückte das so aus : „Today, law seems to be replaced by opinion as the source of authority, and the media serve as the arbiter of public opinion“⁸. Gowing (1996) und Strobel schließen allerdings aus dem späten militärischen Eingreifen der USA im Bosnien-Konflikt trotz anhaltender mediatisierten Präsenz des dortigen Elends, dass der Einfluss der Medien geringer wäre als oftmals angenommen, der CNN-Effekt nicht existiere. Piers Robinson hingegen testete ein ‘Policy–Media Interaction Model’, welches besagt, dass es zwar keinen Einfluss der Medien gebe, wenn sich die relevanten politischen Akteure ihrer Politik sicher seien und ausgereifte Interessen bezüglich einer außenpolitischen Fragestellung haben, der CNN –Effekt aber dann zu Tage tritt, wenn diese ‘Policy Certainty’ oder ‘Policy Line’ nicht existiert. Er hat diese ‘Policy Line’ in den USA folgendermaßen operationalisiert : Je Kongruenter die Stellungnahmen des White House, des State Departments und des Department of Defense, desto ausgereifter ist die ‘Policy Line’ und desto geringer also, nach dem Modell, der Einfluss der Medien auf die politischen Entscheidungen. Piers Robinson sieht diese These durch einen Vergleich der US-Außenpolitik im Bosnien-Konflikt 1995 und dem Kosovo-Konflikt 1999 sowie der jeweiligen Berichterstattung bestätigt.

Ohne sich konkret auf dieses Modell zu beziehen kommt Warren Strobel in seinem Buch „Late-Breaking Foreign Policy“ zu dem selben Schluss. Außerdem weist er auf eine negative Proportionalität zwischen Medieneinfluss und grundsätzlichem gesellschaftlichem Konsens hin, wie er etwa während des kalten Krieges durch die Bedrohung des jeweils anderen Blockes samt dessen Ideologie erzeugt wurde. Noch 1997 stellt er vor diesem Hintergrund fest : „Today’s Headlines reveal the lack of a similar raison d’être for american foreign policy around which society – and journalism – might form a consensus“. Vor diesem Hintergrund ist es interessant zu prüfen, inwiefern ein solcher ‘consensus’ seit dem 11.9. durch die Dichotomie zivilisierte, christliche Welt vs. Islamistische Bedrohung wiederhergestellt wird.

In meiner Arbeit wird diese These mehrmals untermauert, wenn ich aufzeige, wie sich die Formulierung dieser Dichotomien durch Politiker in den Medien und dem politischen Diskurs durchsetzten. Stefanie Gräfe zeigt in ihrem Artikel „Im Westen nichts Neues“⁹ in Forum Wissenschaft, dass die Darstellung des Islam als Antithese zum „freien Westen“ nicht neu ist und dass „*am Aufbau dieses Feindbildes als Ersatz*

⁸ zitiert nach : Strobel, Warren : „Late-breaking foreign policy : the medias’s influence on peace operations“ US institute of peace, 1997.

⁹ Forum Wissenschaft 1/2002

für das vorherige 'Reich des Bösen', die Sowjetunion intensiv gearbeitet [wurde]". Sie bezeichnet das Konzept des „Westens“ als Ideologie, welche die neue Aufteilung der Welt sowie die Konstruktion der eigenen, fortschrittlich humanen Identität absichern soll.

Das 'Policy –Media Interaction Model' basiert auf der These von Hallin (1986) und Bennett (1990), welche besagt, dass die (US)-Medien, falls ein 'Elite Consensus' besteht, diesen überwiegend unkritisch reflektieren. In diesem Fall nutzen die politischen Eliten die Medien um diesen 'Consensus' über die Medien in gesamtgesellschaftliches Einverständnis zu überführen, oder ihn zumindest als solches darzustellen.

Meine These, die ich im folgenden untermauern will, ist, dass unmittelbar nach dem 11.9. in den USA und in Deutschland eine 'Policy line' bzw. ein 'Consensus' unter den politischen Eliten existiert hat und sie aktiv und erfolgreich versucht haben, diesen über die Medien im politischen Diskurs durchzusetzen.

3. Der 11. September und die „falsche Einstimmigkeit der Kommentare“¹⁰ ...

3.1. ... der Politiker

Während US-Präsident Bush in seinen Reden am 11.9. hauptsächlich um die Opfer trauerte, den Helfern dankte und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung garantierte, war nur am Rande von Vergeltung und gerechter Strafe die Rede. Bereits am Tag darauf etablierte er aber die zwei grundlegenden Narrative, die den weiteren Diskurs bestimmen sollten und die Reaktion der USA auf die Anschläge einleiteten. Erstens handle es sich um Krieg (*"The deliberate and deadly attacks which were carried out yesterday against our country were more than acts of terror. They were acts of war."*)¹¹, zweitens sei der Anschlag gegen die gesamte zivilisierte Welt gerichtet gewesen, die nun zusammen den religiös unterfütterten monumentalen Kampf des Guten gegen das Böse zu führen habe (*"This enemy attacked not just our people, but all freedom-loving people everywhere in the world."*, *"The freedom-loving nations of the world stand by our side. This will be a monumental struggle of good versus evil. But good will prevail."*) Im Bundestag sagt

¹⁰ Susan Sontag in : Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.09.2001, Nr. 215 / Seite 45

¹¹ Alle Bush- Zitate zitiert nach der Web-Seite des Weissen Hauses
<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010912-4.html>

Schröder am selben Tag : *„Ich habe noch gestern Abend mit dem französischen Staatspräsidenten Chirac und Ministerpräsident Jospin, mit dem britischen Premierminister Blair und dem russischen Präsidenten Putin gesprochen. Wir sind uns in der Bewertung einig, dass diese Terrorakte eine Kriegserklärung an die freie Welt bedeuten.“* Doch nicht nur unter den NATO-Partnern, auch innenpolitisch ist sich die politische Elite einig : *„Bei meinem Gespräch mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden am gestrigen Abend bestand völlige Einmütigkeit darüber, dass diese außergewöhnliche Situation das Zusammenstehen aller Demokraten erfordert“*¹². Diese Einigkeit äußert sich auch in den anschließenden Reden der Fraktionsvorsitzenden der Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90 /Die Grünen. Außer den Leitmotiven Mitgefühl mit den Opfern und Dankbarkeit gegenüber den USA, dominiert auch hier das Narrativ der Kriegserklärung an die zivilisierte Völkergemeinschaft. Zugleich bekundet auch jeder Sprecher einzeln die Solidarität Deutschlands mit den USA. Dabei ist selbst der Wortlaut zwischen den Vertretern der Fraktionen dermaßen ähnlich, daß ich im Folgenden einige Zitate der Fraktionsvertreter zu diesen Narrativen gegenüberstellen will :

¹² Alle Zitate im Bundestag zitiert nach Plenarprotokoll 14/186, im Internet unter : <http://dip.bundestag.de/btp/14/14186.pdf>

Schröder	Merz	Gerhardt	Schlauch
<p>Diese Art von terroristischer Gewalt, das wahllose Auslöschen unschuldiger Menschenleben stellt die Grundregeln unserer Zivilisation infrage. Sie bedroht unmittelbar die Prinzipien menschlichen Zusammenlebens in Freiheit und Sicherheit, all das also, was in Generationen aufgebaut wurde</p>	<p>Die schrecklichen Anschläge haben nicht nur unsere amerikanischen Freunde getroffen, sie haben uns alle getroffen. Sie sind ein Angriff auf die Zivilisation, auf die Freiheit und auf die Offenheit unserer Gesellschaften. Sie sind ein Angriff auf die Grundwerte, die das friedliche Zusammenleben der Völker und der Menschen überhaupt erst möglich und das Leben der Menschen wertvoll machen. Das Böse schlechthin, Menschenverachtung und Barbarei haben uns gestern angegriffen.</p>	<p>... dass der gestrige Anschlag auch ein Anschlag auf unsere Zivilisation, auf unsere Werte, auf unser Leben, auf alle Menschen war, die in freiheitlichen Gesellschaften leben.</p>	<p>Es ist ein Anschlag auf die offene Gesellschaft überhaupt. Die Tat und die Täter spotten der Demokratie und der Freiheit, indem sie die Verwundbarkeit offener Gesellschaften demonstrieren, demonstrieren wollen</p>
<p>Die Menschen in Deutschland stehen in dieser schweren Stunde fest an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika.</p>	<p>Wir stehen in diesen schwersten Stunden an der Seite Amerikas. Wir wissen, wo unser Platz ist. Ich meine, dass niemand in der Welt so viel Grund hat, nun Solidarität mit Amerika zu zeigen, wie wir. Wir beten für die Opfer, für ihre Angehörigen und für das ganze amerikanische Volk. Jeder parteipolitische Streit hat jetzt in unserem Lande zurückzustehen.</p>	<p>Unsere Gedanken und unsere Solidarität gehören dem amerikanischen Volk, das durch mörderische Kräfte angegriffen worden ist.... Deshalb steht für die Freie Demokratische Partei außer Frage: Wir sind an der Seite der Vereinigten Staaten von Nordamerika und wir bleiben an ihrer Seite.</p>	<p>Meine Damen und Herren, Amerika hat in diesen Stunden diese Solidarität über Parteigrenzen hinweg nötig und Amerika soll wissen: Über alle politischen Differenzen hinweg wird es diese Solidarität auch geben.</p>

Auch Roland Klaus von der PDS übernimmt das Narrativ, die Anschläge hätten der zivilisierten Welt gegolten. Zwar bewertet auch er die Terroranschläge als kriegerisch, bekundet aber nicht ausdrücklich seine Solidarität mit den USA: „Nichts, absolut nichts rechtfertigt den kriegerischen Akt einer noch anonymen Macht. Es ist

ein Anschlag auf die zivile Gesellschaft, auf Kultur und Humanität. Es hat das Herz nicht nur der amerikanischen, sondern auch der Weltgesellschaft getroffen.“

Ich könnte nun noch die Folgenden Presseerklärungen des Außen- und Verteidigungsministeriums, sowie der Regierung zitieren um 'Policy Certainty' in Deutschland entsprechend der Operationalisierung Robinsons nachzuweisen, möchte aber darauf verzichten, da sie mindestens die selbe Kongruenz wie die analysierten Reden vor dem Bundestag aufweisen und ich 'Policy Certainty' bereits für erwiesen halte. Nach dem oben erwähnten 'Policy – Media Interaction Model' würde das bedeuten, dass die Medien keinen Einfluss auf das außenpolitische Handeln der USA oder der BRD gehabt hätten. Dass sie aber eine wesentliche Rolle dabei spielen, die Außenpolitik zu rechtfertigen, nämlich das Risiko eigener Verluste an Menschenleben und die Bombardierung eines ohnehin hungernden Volkes, muß nicht erst erwiesen werden. Die aufwendigen Bemühungen die Berichterstattung zu beeinflussen zeigen, dass sich auch die politische Administration dieser Bedeutung der Medien bewusst ist. Vor diesem Hintergrund werde ich nun darstellen wie die Medien mit den von den Politikern konstatierten Interpretationen umgingen.

3.2. ...und der Medien.

Die Kommentatoren der großen Tageszeitungen übernahmen am nächsten Tag diese Narrative unhinterfragt, sodass die folgenden Beispiele drohen, langweilig zu werden:

Gunter Nonnenmacher schrieb am am folgenden Tag in der FAZ *„...jener Tag, an dem die westliche Zivilisation eine Ahnung davon bekommen hat, was die Vision vom Endkampf zwischen Gut und Böse vor dem Tag des jüngsten Gerichts, was der biblischer Ortsname 'Armageddon' bedeuten könnte“¹³*, was kaum mehr als eine freie Übersetzung der Bush-Rede darstellte. Die Kommentare in der „Frankfurter Rundschau“ (*„Wenn europäische Regierungschefs die Anschläge einen Angriff auf die zivilisierte Welt nennen, treffen sie den Kern der Sache“*) und der „Zeit“ (*„Die Terroristen wollten nicht nur Amerika, sondern das Herz der westlichen Welt treffen“*) am selben Tag unterstreichen diese Dichotomie von westlicher vs. Islamischer Welt. Die „Zeit“ bemüht sich den Islamismus mit europäischem Denken während des Dreißigjährigen Krieges zu vergleichen, zu einem Zeitpunkt zu dem noch keinerlei Hinweise auf Täter veröffentlicht wurden. Bemerkenswert ist diese „falsche

Einstimmigkeit der Kommentare“(Sontag) vor allem, wenn man in Betracht zieht, daß die Kommentare eigentlich die Rubrik darstellen, die den Zeitungen den größten Spielraum für Kritik und Hinterfragen der Politik lassen. So schreibt der NATO-Sprecher Jamie Shea in einem Resümee über die Öffentlichkeitsarbeit im Kosovo-Konflikt, in dieser Rubrik würden die Eliten kommunizieren um sich gegenseitig zu beeinflussen. Demgegenüber habe das Fernsehen einen entscheidenden Vorteil, was die Beeinflussung der öffentlichen Meinung angeht : *„Im Fernsehen schreiben wir das Drehbuch, und es sehen Millionen mehr zu, als diejenigen, die Zeitung lesen.“*¹⁴

Was aber sahen die Millionen Zuschauer in den Tagen nach dem 11. September? Nun sie sahen, was der zivilisierten Welt angetan wurde, wieder und wieder die Bilder des brennenden und einstürzenden World Trade Center, Politiker, die in beschriebener Art Feindbilder und Bedrohungsszenarios rezitierten, weinende Verwandte von Opfern, Augenzeugen, einen patriotischen Bürgermeister und die neuen „nationalen Helden“: Feuerwehrmänner. Die patriotische Suche nach Überlebenden, stets mit einer Amerikanischen Flagge im Bild, zu einem Zeitpunkt zu dem eigentlich allen hätte klar sein müssen, dass man keine mehr finden wird, stellte das erste in einer langen Reihe von konstruierten Pseudoereignissen dar, welche die fast täglichen Filmaufnahmen von Ground Zero in den Abendnachrichten rechtfertigen sollten. An einem Tag wurden die Feuerwehrmänner ausgezeichnet, am nächsten Tag eröffnete eine Fotoausstellung über die Attentate. Was auch immer taugte, die Brutalität der Anschläge einerseits und die nationale bzw. transatlantische Einheit andererseits zu unterstreichen wurde gesendet. Der Sender CNN blendete in der folgenden Zeit neben seinem Logo die amerikanische Flagge mit ein und Anfang Oktober verpflichteten sich die US-Nachrichtensender ABC News, CBS News, NBC News MSNBC, Cable News Network und Fox News Channel zu einer Selbstzensur¹⁵. Nach dem Beginn des Afghanistan-Krieges forderte die CNN-Leitung ihre Mitarbeiter in einem Memo dazu auf, nur über Afghanische Opfer zu berichten, wenn ein unmittelbarer Bezug zu den Opfern des Anschlags auf den WTC hergestellt wird.

¹³ Danach : Frankfurter Allgemeine Zeitung 13.09.2001

¹⁴ Jamie Shea, „Die Kosovo-Krise und die Medien : Reflexionen eines NATO-Sprechers“ in : Sicherheit und Frieden Heft 3/2000

¹⁵ Jörg Becker, „Afghanistan : Der Krieg und die Medien“ in : Wissenschaft und Frieden 1/2002

3.3. Der weitere Diskurs in Deutschland.

Die Mitarbeiter des Axel-Springer-Verlags mussten in Folge der Anschläge schriftlich ihre „Unterstützung des transatlantischen Bündnisses und der Solidarität in der freiheitlichen Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika“ erklären, was sich in der „Wir-sind-alle-Amerikaner-Stimmung“¹⁶ der Bildzeitung auch gleich bemerkbar machte. Die Radiosender wurden aufgefordert, keine Amerika-kritischen, gewaltverherrlichende oder von brennenden Wahrzeichen handelnde Songs zu spielen.

Magazine wie Focus und Stern nahmen vor allem das Narrativ der Islamischen Bedrohung auf und setzten es in zum Teil unverantwortbarer Art graphisch und mit reißerischen Titeln um. Praktisch jede Woche erschien ein Titelbild mit Osama bin Laden und den brennenden Hochhäusern, begleitet von Überschriften wie "Der religiöse Wahn", "Krieg der Welten" und "wir werden auf ihren Gräbern tanzen" (Spiegel Nr. 41, 42, 48 /2001). Die dazugehörigen Artikel waren zwar häufig differenzierter als die Überschriften, trugen aber auf jeden Fall zu einem kollektiven Misstrauen gegenüber Moslems¹⁷ bei und bezogen sich indirekt auf den „Kampf der Kulturen“, indem sie ihn zur Realität stilisierten. Die Tagespresse wurde mit ständig neuen Fällen von Milzbrand - Briefen gefüttert und übernahm diese Meldungen mitsamt Schuldzuschreibungen unhinterfragt. Nachdem bekannt wurde, dass wahrscheinlich kein Zusammenhang mit Islamisten besteht, sondern evtl. Rechtsradikale damit versuchten, Stimmung gegen Moslems zu machen, verschwanden die Meldungen von den Titelseiten. Das ist in mehrfacher Hinsicht nicht verwunderlich : Erstens eignen sich biologische Kampfstoffe aufgrund ihrer "feigen Gemeinheit" hervorragend um tiefen Hass und Furcht zu generieren (deshalb werden Massenvernichtungswaffen auch als Hauptgrund für den bevorstehenden, politisch gewollten Angriff auf den Irak angeführt). Zweitens ist es genau diese Angst, die zur Hysterie wird, welche die Auflagen der Zeitungen steigert, weil jeder informiert sein will. Drittens hätte eine weitergehende, kritische Auseinandersetzung mit den Milzbrand- Attacken nur gezeigt, was die Medien diesbezüglich für eine Rolle gespielt haben: Sie setzten ungewollt eine Hetzkampagne um, die den Nebeneffekt hatte, der Bevölkerung eine ständige Bedrohung vorzumachen, was die Zustimmung zu

¹⁶ Johannes Nietschmann : „Journalistischer Ausnahmezustand“ in Menschen machen Medien- Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 10/ 2001

militärischen Mitteln natürlich erhöht. Die vermeintlichen Milzbrand - Attacken in Deutschland waren auch die einzige Bestätigung der Aussagen deutscher Politiker, auch Deutschland könne jederzeit Ziel islamistischen Terrors werden. Diese Frage wurde erstaunlicherweise weder von den Politikern noch von den Medien gestellt als die deutsche Beteiligung am "Krieg gegen den Terror" diskutiert wurde. Sie hätte sicherlich zu einer geringeren Zustimmung der Bevölkerung zur Entsendung deutscher Truppen geführt und wurde deshalb schlichtweg als unsolidarisch abgestempelt und verschwiegen. Edmund Stoiber weiß offensichtlich, wie die Schweigespirale funktioniert und Themen tabuisiert werden. In seiner Regierungserklärung vom 9. Oktober 2001 isoliert er alle andersdenkenden im Voraus : *„Jede Relativierung der Solidarität, wie sie bei den Grünen diskutiert wird, isoliert Deutschland. Jede Freude über den Anschlag kann nur mit Abscheu betrachtet werden. Wer wie die Rechtsradikalen in Deutschland in Jubel über die Terrorakte ausbricht, wer äußert – ich zitiere – die ‘Völkermordzentrale Pentagon sei schwer getroffen und das World Trade Center als Symbol der weltweiten Ausbeutung und Globalisierung sei gefallen’, der stellt sich außerhalb der zivilisierten Gesellschaft. Jede Unterstellung, die USA hätten Mitschuld an den Anschlägen, ist unglaublich und unverantwortlich.“*

Wenn nun doch einzelne Medienvertreter ausbrachen und Fragen etwa nach Motiven der Terroristen aufwarfen, die über bloßen Hass und Bösartigkeit hinausgingen, reichte oft schon der geschaffene gesellschaftliche Pseudo-Konsens um Aussagen dieser Art zu marginalisieren oder den Urheber gleich Kollaboration mit den Terroristen vorzuwerfen. So mussten auch die kritischsten Publizisten sich diskursiven Regeln unterwerfen, wie etwa dem einleitenden Statement : "Natürlich verurteile auch ich die Terroranschläge vom 11.9. ...".

Dass dabei, wenn diese Selbstregulierung der Medien nicht griff, die Politiker ihren diskursiven Einfluss geltend machten zeigt etwa der Fall Ulrich Wickert. Nachdem er lediglich Arundhati Roy zitiert hatte, forderten Politiker wie Angela Merkel und Erwin Huber seine Entlassung, der ARD-Chefredakteur Hartmann meinte, Wickert wäre ein Fehler unterlaufen. Ulrich Wickert entschuldigte sich am 3. Oktober in den Tagesthemen, bezeichnete seine Äußerungen als 'missverständlich und misslungen' und andere öffentliche Personen waren gewarnt, was das Äußern eigenständiger

¹⁷ Zum Beispiel die Unterüberschriften auf den Titelseiten der Sternausgaben 40 und 42 : „Der Terrorauftrag – Gehirnwäsche im Namen Allahs“ und „Bin Ladens Schläfer – In Afghanistan trainiert, als Asylbewerber in Europa“

Meinungen für Folgen haben kann : Der Lehrer Bernhard Nolz, der sich öffentlich gegen den Afghanistan-Krieg aussprach, erhielt daraufhin Berufsverbot¹⁸. Dass es dem als Privatmenschen in der „MAX“ interviewten Wickert nicht einmal mehr erlaubt sein sollte, eine kritische Stimme zu zitieren rief dann doch die ersten verwunderten Reaktionen von Medienvertretern hervor, wie der Artikel "Das Ende der Vielfalt- Die Anti- Terror- Allianz als Risiko für die Pressefreiheit" des OSZE- Beauftragten Freimut Duve in der Frankfurter Rundschau vom 12. Oktober dokumentiert.

Ein weiteres Beispiel : In einem Interview mit Spiegel Online am 21. September 2001 sprach sich der KSK- Chef Brigadegeneral Reinhard Günzel gegen den Einsatz von KSK - Soldaten bei der Ergreifung Osama bin Ladens aus: "Spezialkräfte kommen leicht bewaffnet, ungeschützt, es würde ein Blutbad geben". Obwohl dieses Zitat weniger Echo hervorrief als es verdient hätte, schaltete sich das Verteidigungsministerium ein, dementierte zunächst diese Aussage Günzels, erwägte dann disziplinarische Schritte gegen ihn und verlautbarte zuletzt, dass Günzel zu solchen Einschätzungen nicht autorisiert wäre. Es geht also nicht um Sachkenntnis oder Betroffenheit, einzig die politische Zielsetzung bestimmt, was die Öffentlichkeit erreichen soll und was nicht. Was dieser Zielsetzung eher entspricht zeigt der, nach dem bekannt werden der Beteiligung der KSK-Soldaten an der Operation 'Anaconda' veröffentlichte Artikel "Unser Mann in Afghanistan : KSK-Kommandeur Reinhard Günzel" in 'die Welt' vom 27.02.2002. In ihm wird Günzel als drahtiger Mann mit soldatischen Tugenden beschrieben, der eben ab und zu zuviel redet aber stolz auf seine hochgelobte Truppe ist, die mit amerikanischen und britischen Elitesoldaten mithalten kann und die Krönung seiner Laufbahn darstelle. Dieser Artikel stellt nur ein Beispiel für die Wiederbelebung militärischer Ästhetik und einer neuen Form des deutschen Nationalstolzes dar.

Mit Beginn des Krieges militarisierte sich sowohl die Sprache in den Zeitungen als auch die Bilder im Fernsehen. Fast täglich waren in den großen Nachrichten wie 'Tagesschau' oder 'Heute' Aufnahmen von Soldaten und Militärgerät zu sehen und es wurde dem Zuschauer erklärt, warum gerade deutsche ABC-Abwehrpanzer die besten der Welt sind. Dabei sah man deutsche Soldaten hauptsächlich Sanitätszelte aufbauen, kämpfen sah man nur die kulturell entfremdete Nordallianz.

Über die Teilnahme am Krieg gegen den Terror wurde in den Medien nach der an die Entsendung deutscher Soldaten gekoppelte Vertrauensfrage kaum noch diskutiert.

¹⁸ ¹⁸ Vgl. Drücke, Bernd: Feindbild Antimilitarist. Ein GWR-Interview mit dem vom Dienst suspendierten Lehrer Bernhard

Einzig die Tatsache, dass es gar keine US-amerikanische Anfrage gab, löste etwas Empörung aus, die aber nach dem Erfolg des Kanzlers sofort wieder vergessen war. Endgültig vorbei war diese Diskussion nach der Eroberung Kabuls. Die Bilder und Berichte von tanzenden Afghanen und sich die Schleier vom Gesicht reißen den Frauen suggerierten zweierlei : Erstens, der Krieg sei eine Befreiung und zweitens sei er vorbei. Im Folgenden fanden nur noch die Kampfhandlungen im Rahmen der Operation Anaconda, bei der laut Departement of Defence innerhalb weniger Tage 600-800 Taliban in Bodenkämpfen getötet wurden (was eine Erfolgsmeldung darstellen sollte), Einzug in die Medien. Auch hier stellte niemand die Frage danach, ob nicht auch eigene Soldaten gestorben wären, vielmehr interessierte die Medien das inszenierte Schicksal des einäugigen Löwen Marjan im Zoo von Kabul. Sein Tod war offensichtlicher tragischer als der aller getöteten Taliban, die ja zuvor ausreichend dämonisiert wurden.

4. Ursachen und Methoden der Deutungshoheit.

Nach jedem Krieg diskutieren Journalisten und Redakteure über ihre Berichterstattung und nach jedem Krieg müssen sie eingestehen, dass sie sich für politische Zwecke haben missbrauchen lassen¹⁹. Die erfahrene Auslandsredakteurin des WDR, Sonia Mikich fasst diese Diskussion so zusammen *„Die Selbstkritik gleicht sich: Wie wir Journalisten zu viel Schwarz-weiß-Malerei betrieben haben, wie wir unbedacht das Vokabular der Militärs übernahmen, wie wir uns von Jamie Shea oder Joschka Fischer oder Rudolf Scharping haben einwickeln lassen. Parallel zur Selbstkritik und Medienschelte kommt die Wahrheit über den Krieg langsam zu Tage. Gräueltaten, Massaker, sie werden erst jetzt in ihrem Kontext gezeigt, manchmal relativiert, manchmal als Propagandamärchen entlarvt. Wir zweifeln dann noch mehr an der Möglichkeit, je eine angemessene Krisenberichterstattung leisten zu können, und ich fürchte, nach dem nächsten Medienkrieg wird es wieder so sein. Woran liegen diese wiederkehrenden Probleme?“*²⁰. Warum sind die Medien den Deutungen

Nolz. In: graswurzelrevolution Nr. 265, Münster 2002: 3.

¹⁹ Vgl etwa : Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg), Konferenzband zu „Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?“ Berlin, 11.5.2000 und

„Schnell, kompetent und mit Distanz“, dokumentierte Debatte des „15. Journalistinnen und Journalistentages der dju in ver.di“ in Auszügen, in : Menschen machen Medien- Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 1-2 2002

²⁰ Aus dem Artikel von Sonja Mikich : „Über die Diskussion post festum“ im Internet unter www.igmedien.de/publikationen/m/200/07/10.html

der Politiker hörig bzw. ausgeliefert? Analysiert man die Diskussionen der Medienvertreter, so werden im wesentlichen die folgenden Gründe angeführt :

1. Der durch Konkurrenz und technischen Fortschritt stets ansteigende Zeitdruck macht eigene Recherche unmöglich.
2. Über die Konfliktregionen und –Parteien besteht häufig wenig Vorwissen, meist rücken diese Regionen erst durch den Konflikt in das Interesse der Öffentlichkeit, selten sind bereits zuvor Korrespondenten vor Ort.
3. Kriegsberichterstatter können nicht oder nur unter erheblichem persönlichen Risiko zum Ort des Geschehens vordringen, werden von ihren Redaktionen unzureichend unterstützt oder sind freiberuflich.
4. Die staatlichen Stellen, die als einzige "zuverlässige" Informationsquellen übrig bleiben, halten Informationen zurück oder verfälschen diese zu eigenen Zwecken.

Ich werde in diesem Kapitel zunächst die strukturellen Bedingungen skizzieren, welche dazu führen, dass in den Medien fast ausschließlich politisch gewollte Meinungen zu Wort kommen und anschließend zeigen, was die Politiker dafür tun, ihre Deutungshoheit aufrecht zu erhalten. Dabei wird sich zeigen, dass das Handeln der Politiker die Einschränkungen der Medien bezüglich kritischer Berichterstattung oft bedingt.

4.1. Informationelle Repression, Konformität und die Fokussierung auf die politische Elite und deren Agenda.

Die deutschen Medien haben zu der Dämonisierung von Feindbildern wie Saddam Hussein und Slobodan Milosevic und den Bevölkerungen der von ihnen geführten Staaten mitgewirkt. Andererseits haben sie es unterlassen, in wünschenswerter Weise zu differenzieren, die Grausamkeit des Krieges darzustellen und die deutsche Politik und ihre Militarisierung in Frage zu stellen. Während sich viele Medienvertreter, denen diese Defizite bewusst sind, damit begnügten zeitlichen und ökonomischen Druck für diese Umstände verantwortlich zu machen, haben Johan Galtung und Richard Vinzent aus der Diskussion um die propagandaorientierte Berichterstattung der letzten Kriege Konsequenzen gezogen und sich Gedanken über eine bessere,

friedensorientierte Berichterstattung gemacht.²¹ Heraus kamen „Zehn Vorschläge für eine andere Kriegsberichterstattung“, die zwar für sich zu diskutieren sind, hier aber als Hintergrund für eine Analyse der gegenwärtig dominierenden Berichterstattung dienen werden.

1.„In jedem Krieg sollte der Journalist sich bemühen, seine Story von allen Seiten zu beleuchten. Es ist zwar wichtig, einen Standpunkt zu haben; wichtiger als alles andere ist aber, bei allen Fakten korrekt zu sein. Genauigkeit ist der Schlüssel zu einer fairen und verantwortlichen Berichterstattung.“

Diesem Anspruch wurden die Medien bei der Berichterstattung über den 11.9. und den „Krieg gegen den Terror“ offensichtlich nicht gerecht. Die von den Politikern etablierten Tabus wurden befolgt und dadurch, wie oben am Fall Wickert gezeigt, noch verstärkt. Dies verstärkt die gesellschaftliche Wahrnehmung eines Konsenses, einer nicht existenten homogenen öffentlichen Meinung im Sinne der Schweigespirale. Wie wenig aus der Perspektive der sog. Schurkenstaaten berichtet wurde zeigt schon die herausragende Rolle des arabischen Senders ‘Al Dschasira’, der als einziger den Konflikt auch aus Sicht der sog. ‘Schurkenstaaten’ beleuchtete und die Tatsache, dass kein unbearbeitetes Videoband von Osama bin Laden veröffentlicht wurde. Die Medien hatten dazu freilich nur bedingt Möglichkeiten.

Die geforderte Korrektheit und Genauigkeit wurde etwa bei den Milzbrandfällen nicht geliefert. Hier hätten Möglichkeiten bestanden, zu recherchieren. Bei Berichten über Kampfhandlungen oder Greultaten der Taliban ist diese Genauigkeit gar nicht einzulösen, da es keine „neutralen“ Augenzeugen gibt. Wie man in diesem Falle dennoch ein Maß an Korrektheit aufrechterhalten kann, demonstrierten die Frankfurter Rundschau und die FAZ, indem sie die Unmöglichkeit der Korrektheit eingestanden und ihre Leser darauf hinwiesen²². Ein Beispiel, welches Schule hätte machen sollen.

²¹ Vincent, Richard C./ Galtung, Johan: Krisenkommunikation morgen. Zehn Vorschläge für eine andere Kriegsberichterstattung, in: , Löffelholz, Martin (Hrsg.): Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation, Opladen 1993, S.177 - 210

²² Die Frankfurter Rundschau druckte nach Beginn des Krieges gegen Afghanistan im Rahmen ihrer Berichterstattung in einem Kasten den folgenden Text als Hinweis auf die Unzuverlässigkeit der Informationen : „IN EIGENER SACHE – ZENSUR Wesentliche Informationen über die militärischen Aktionen und ihre Folgen unterliegen einer Zensur durch diejenigen Stellen der beteiligten Konfliktparteien, von denen sie verbreitet werden. Eine unabhängige Überprüfung solcher Angaben ist der Redaktion in vielen Fällen nicht möglich. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, dies bei der Lektüre zu beachten. Die FR-Redaktion“

2. *„Im Krieg sollten die Medien darauf drängen, Zugang zu Ereignissen, Menschen und Themen zu bekommen. Das kann schwierig sein, wenn man berücksichtigt, daß viele nur widerwillig Interviews geben und Militär- und Regierungsverantwortliche auch immer bestimmte Sicherheitsrisiken sehen. Trotzdem, Quellenvielfalt ist das wirksamste Werkzeug von Journalisten.“*

Inwiefern die Medien darauf drängen, Zugang zum Kriegsgebiet zu erlangen, kann ich nicht feststellen. Tatsache ist, dass sie ihn nicht haben. Nach der Eroberung Kabuls wimmelte es dort von Journalisten, die Bilder der „befreiten Stadt“ lieferten. Die Kampfhandlungen außerhalb durften nur von wenigen, ausgewählten Journalisten begleitet werden, deren Bild- oder Tonmaterial zunächst einer militärischen Prüfung unterzogen wurde. Auf die Mechanismen der informationellen Repression werde ich im nächsten Abschnitt eingehen. Die Quellenvielfalt beschränkte sich zumeist auf die Pressestellen der Außen- und Verteidigungsministerien Deutschlands und seiner Verbündeten. Eben der Institutionen, welche die 'Policy Line', die Deutungsmacht der Politiker durchsetzen sollen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt führt das dazu, dass die Kampfhandlungen lediglich durch den versehentlichen Beschuss einer Hochzeitsfeier an die Öffentlichkeit dringen und der Krieg nahezu in Vergessenheit gerät.

3. *„Um eine umfassende Berichterstattung zu gewährleisten, sollten Journalisten Eliten nicht übermäßig als Quellen nutzen, sondern bestrebt sein, verschiedene 'Autoritäten' und 'Experten' ausfindig zu machen.“*

Genau das ist nicht der Fall. Auf den Titelseiten und in den meisten Fernsehnachrichten kommen nahezu ausschließlich Politiker und die o.g. Institutionen zu Wort, deren Äußerungen werden in den Kommentaren und Leitartikeln diskutiert. Sie aber haben ein politisches Interesse und legen den Möglichkeitsrahmen und die Agenda fest. Dabei besitzen sie wenig Kenntnis über Afghanistan, seine Kultur und Geschichte, um so mehr Kenntnis aber über die eigene politische Zielsetzung. Politikwissenschaftler, Islamwissenschaftler und Friedensforscher werden höchstens im Feuilleton oder Dossier zitiert oder in Magazinsendungen interviewt. Den größten Teil des Medienpublikums erreichen Einschätzungen außerhalb des von den Politikern definierten Möglichkeitsraumes also überhaupt nicht. Problematisch ist schon die Übernahme der politischen und militärischen Formulierungen. Wenn ein Einsatz ständig als „grenzenlose

Gerechtigkeit“ und „Andauernde Freiheit“ geframed wird, ruft er ebenso positivere Einschätzungen hervor wie ein Luftschlag gegenüber dem Wort „Krieg“.

4. *„Es wäre vernünftig, wenn die Medien in ihrer Kriegsberichterstattung eine Glorifizierung der Technologie vermeiden würden. Zugegebenermaßen ist das schwierig. Journalisten neigen dazu, Technologie als wichtig anzusehen; der ganze Berufsstand verdankt seine Existenz der Technologie.“*

Vor allem zu Beginn des Krieges hatten die Medien kaum Material und beschränkten ihre Berichterstattung auf vom Militär geliefertem Informationsmaterial. Zweifellos wurde mehr über den deutschen Spürpanzer „Fuchs“ und Thermoplastbomben berichtet als über zivile Opfer und statt dem Antlitz des Krieges wurden Computeranimierte Airbus- Werbefilme gezeigt. Vor allem das Fernsehen machte sich einer militärischen Ästhetisierung schuldig, indem es, verpflichtet zu optischer Untermalung darauf zurückgriff, was ihm das Militär zur Verfügung gestellt hat. Auch hier zeigt sich also der Mangel an Zugang zum Kriegsgebiet, die informationelle Repression, die dazu führt, dass die Öffentlichkeit Krieg so wahrnimmt, wie sie ihn wahrnehmen soll. Die bereits aus dem Golfkrieg bekannten Bilder von nichtssagenden grünlich-blitzenden Nachtaufnahmen und präzise von Flugzeugträgern abgeschossenen Raketen blenden die Opfer und die Realität des Krieges aus.

5. *„So inhuman es auch scheinen mag, die Medien sollten nicht darauf verzichten, auch drastisch-anschauliches Material ("blood and guts"-Storys) zu verwenden, nur weil einige so etwas als abstoßend empfinden. Obwohl sie natürlich abstoßend sind, vermitteln derartige Szenen doch ein wirklicheres Bild von den Schrecken des Krieges. Krieg ist nicht schön, und seine Kosten (in bezug auf Geld und Menschenleben) können unglaublich hoch sein. Werden solche Szenen gezeigt, wird die Öffentlichkeit gezwungen, sich der häßlichen Realität des Krieges zu stellen“*

Neben dem schlichten Mangel an Bildern, steht dieser Darstellung eine journalistische Ethik entgegen. Einerseits entsprechen sie nicht dem Konsens, sie werden praktisch verschwiegen, und wer sich nicht daran hält läuft Gefahr, massiv kritisiert zu werden. Mir ist kein Fall bekannt, wo in einem deutschen Massenmedium wirklich grausame Szenen aus dem Afghanistan- Krieg veröffentlicht worden wäre, sicherlich hätten sie eine Diskussion ausgelöst und vermutlich sind sie eben deshalb

nicht veröffentlicht worden. Bedenkt man die reale Wirkung von den - graphisch animiert dargestellten - Thermoplastbomben so ist sicher, dass es verbrannte Leichen gab. Was für Wirkung solche Bilder haben können, demonstriert das Weltbekannte Foto eines nackt vor einer Napalmbombe fliehenden Mädchens aus dem Vietnam- Krieg. Solche Fotos gab es aus Afghanistan, aber sie wurden nicht veröffentlicht. Sicherlich hätten sie eine Diskussion um das veröffentlichende Medium ausgelöst und es in die Kritik gebracht. Eventuell hätte es aber diese optische Schweigespirale durchbrochen und die wahre Bedeutung des Wortes 'Krieg' in der Öffentlichkeit wachgerufen.

Zusätzlich zu der Angst vor öffentlicher Ächtung, welche die Schweigespirale aufrecht erhält, gibt es weitere Gründe für die Nichtveröffentlichung solcher Bilder: Die Amerikanischen Zeitungen, Nachrichtensender und Agenturen trafen aus falschem patriotischen Gründen und eben dieser Angst vor Ächtung auf Drängen von Condoleezza Rice eine Vereinbarung, keine Leichen zu zeigen. In Deutschland hat man eher moralische Bedenken und denkt an Jugendschutz. Sowohl Kuno Habermas, Redakteur von „Panorama“ als auch Achim Tirocke, stellvertretender Chefredakteur von RTL berichten über „entsetzliche Bilder“ von toten Kindern und gefolterten Taliban, die „allen Agenturen zur Verfügung standen“²³. Sie wurden nicht gesendet. Kuno Habermas stellte sich die Frage „Soll man um 20.00 Uhr Leichen zeigen, um zu sagen, 'Leute, es ist schrecklich'“ und kam zu keinem abschließenden Urteil. Achim Tirocke meinte „kann ich nicht zeigen“.

6. „Die Medien sollten sinnvolle und gut geschriebene Berichte über 'normale Leute' anbieten. Denn damit können sie eine personalisierte Darstellung des Krieges präsentieren, die auch angebracht ist.

Human - Interest – Stories über Afghanische Kriegsoffer hat es kaum gegeben. Die einzigen nicht-elitären Afghanen, die zu Wort kamen waren Vertreterinnen der RAWA (Revolutionary Afghan Womans Association), ihnen kam großes Interesse der Medien zu, da sie das Bild der Befreiung, die gute Seite des Krieges beleuchten und somit der politischen Agenda entsprachen. 'Normale' Afghanen waren wiederum nur in Kabul zu sehen, ausführliche Berichte über die Folgen des Krieges im Hinterland gab es nicht. David Edwards vergleicht in seinem Artikel "Why is the mainstream

²³ zitiert nach „Schnell, kompetent und mit Distanz“, dokumentierte Debatte des „15. Journalistinnen und Journalistentages der dju in ver.di“ in Auszügen, in : Menschen machen Medien- Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 1-2 2002

media ignoring the mass death of Afghan civilians?“²⁴ die Berichterstattung über das Flüchtlingslager in Maslakh, in dem von 350000 Flüchtlingen täglich 100 verhungerten, mit der Medienpräsenz des Gefangenenlagers in Guantanamo, des einäugigen Löwen Marjan und den Berichten über den im Kampf gefallenen amerikanischen Soldaten Nathan Chapman. Er kommt zu dem Fazit : *„Die Berichterstattung konzentrierte sich dabei wie üblich auf die grauenhaften Verbrechen der anderen und auf die Notwendigkeit, die Taliban und die Al-Quaida zu vernichten.[...] . Über den Preis unseres "Sieges" für das afghanische Volk zu berichten - diese Geschichte drohte die Aufmerksamkeit auf unsere Verbrechen zu lenken und wurde deshalb in Übereinstimmung mit der langjährigen Tradition von unseren Medien ignoriert. Was da so beiläufig übergangen wurde, ist in seinem schieren Ausmaß beispiellos.“*²⁵. Die Gründe für die Vernachlässigung der Schattenseiten des Krieges sind die selben wie oben : keine Journalisten vor Ort, informationelle Repression und mangelndes Interesse von Seiten der Medien, die Schweigespirale zu durchbrechen. Der CNN- Vorsitzende Isaacson hat in patriotischer Manier gar verkündet es würde ihm angesichts der Terroranschläge „pervers“ erscheinen, die afghanischen Opfer zu sehr in den Mittelpunkt zu stellen. Davon kann jedoch gar keine Rede sein.

7. *„Die Medien können eine Vielzahl von Storys anbieten – und das schließt Hintergrundberichte ausdrücklich ein. Gerade wenn Journalisten sich nicht einfach nur auf die Ereignisse der letzten 24 Stunden beschränkten, könnte das dazu beitragen, die Vermittlungsfunktion der Medien für das Publikum zu verbessern. Möglichkeiten für Hintergrundberichterstattung bieten historische Skizzen über Kulturen, Geopolitik, Militärgeschichte oder tieferreichende Analysen gegenwärtiger Probleme und Diskussionen.“*

Hintergrundberichte gab es. Zwar wiesen sie zu Beginn des Krieges eine deutliche Fokussierung auf die Greultaten der Taliban und die Unterdrückung der Frauen auf und entsprachen damit auch der politischen Agenda und ihren Feindbildern. Dennoch liefern sie fast immer ein differenzierteres Bild und damit einen besseren Beitrag zum Verstehen der politischen Lage als die täglichen, häufig lancierten Nachrichten. Magazine wie Monitor, Panorama oder Weltspiegel beweisen das

²⁴ David Edwards „Why is the mainstream media ignoring the mass death of Afghan civilians?“ in The Ecologist 22.02.2002

regelmäßig. Es ist wohl als strukturelles Problem anzusehen, das solche Berichte nicht die besten Sendezeiten haben bzw. in den Zeitungen weniger Beachtung finden. Ökonomisch gesehen ist mangelnde Nachfrage ein Grund und damit der Medienrezipient zumindest mitverantwortlich.

8. *„Die Medien müssen sich bewußt sein, daß ‘Nachrichtemacher’ versuchen, sie zu manipulieren.... Vieles, was jeden Tag berichtet wird, fällt in die Kategorie ‘Verlautbarungsjournalismus’: Nachrichten, die ‘Nachrichtemachern’ präpariert werden und via Pressemitteilungen in die Medien gelangen oder eigens konstruierte Ereignisse wie Pressekonferenzen, geplante Reden und Informationsgespräche.“*

Ob bewusst oder nicht, die Medien veröffentlichen solche lancierten Nachrichten und Berichte über Pseudoereignisse. Sie sind die billigsten, einfachsten und unkritischsten Nachrichten. Kein Medium läuft mit diesen Veröffentlichungen Gefahr, der Agenda zu widersprechen oder den Diskurs zu verletzen. Außerdem wissen die einzelnen Sender und Zeitungen, dass die gesamte Konkurrenz diese Nachrichten senden bzw. drucken wird, so sind die Redakteure quasi genötigt, sie zu veröffentlichen um nicht hinten anzustehen. Diese Konformität hindert die Medien daran, aus dem Konsens auszubrechen. Associated Press versendet täglich mit den angebotenen Nachrichten die Themen welche in der NY-Times auf der Titelseite erscheinen sollen. Damit ist die Agenda bestimmt, auf diese Artikel kann man sich verlassen. Selbst wenn es sich um eine Falschmeldung des Verteidigungsministeriums handelt, sind ihr wenigstens auch die Konkurrenten aufgesessen²⁶. Deshalb werden die Unwahrheiten offizieller Stellungnahmen, quasi im stillen Einvernehmen, im Nachhinein oft nicht ausreichend berichtigt.

9. *„Es ist eine Gefahr, wenn Medien oder Journalisten selbst zur Nachricht werden... Das Problem liegt in der Ablenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit von den wahren Problemen des Krieges. Obwohl die Frage, wie die Medien über den Krieg berichten,*

²⁵ Die deutsche Übersetzung stammt von der Internetseite der RAWA Deutschland : http://www.rawa-germany.de/aktuell/aktuell_030.html

²⁶ Was hingegen die Folge sein kann, wenn man sich auf alternative Quellen beruft, zeigt sich an der Diskussion um die Authentizität der Bilder von über die Attentate jubelnden Palästinensern. Im open-posting der Medienplattform ‘Indymedia’ erschien die Nachricht, diese Bilder wären bereits zehn Jahre alt. Wenig später stellte sich heraus, dass sie gestellt aber aktuell waren. Medien, welche die Meldung von Indymedia übernommen hatten waren im Folgenden heftiger Kritik ausgesetzt. Das passiert nicht, wenn Falschmeldungen offizieller Stellen veröffentlicht werden.

durchaus berechtigt ist, muß man aufpassen, daß sie nicht zur eigentlichen Story wird oder die anderen Probleme überschattet.“

Im Falle des Afghanistankrieges wurden die Medien wenig thematisiert. Das Publikum wurde kaum über die Informationelle Repression aufgeklärt. Die vielen Bilder aus Afghanistan, die zum allergrößten Teil aus Kabul stammten und die täglichen Pressekonferenzen suggerierten eine ausführliche Berichterstattung, bis nach der Einnahme Tora Boras der Eindruck entstand der Krieg sei vorbei. Eine ausführliche Reflexion über die Rolle der Medien in diesem Krieg wird, wie immer, erst im Nachhinein stattfinden.

10. Es ist wichtig, daß Nachrichtenmedien in ihrer Berichterstattung Friedensinitiativen thematisieren und fördern. Die Presse kann eine zentrale Rolle bei Konfliktlösungsversuchen spielen und friedliche Lösungen fördern. Mit den Möglichkeiten des Agenda-Setting sind die Massenmedien in einer Position, von der aus sie ein wesentliches Mittel kontrollieren können, um die öffentliche Meinung zu formen.

Ansätze zur friedlichen und rechtstaatlichen Lösung des Konflikts bzw. Nicht-Vergeltung fielen der Schweigespirale anheim. Die zahlreichen Anti-Kriegs-Demos fanden nur wenig Beachtung in den Medien. Der politische und mediale Diskurs in Deutschland repräsentierte nicht den großen Anteil der Bevölkerung, der sich in Umfragen gegen einen Krieg aussprach²⁷. Auf Grund der ausgeprägten 'Policy Line' haben die Medien keine eigenständige Agenda entwickelt, sondern die der politischen Elite übernommen.

Von Seiten der Medien sind also im wesentlichen drei strukturelle Defizite auszumachen, warum sich die Politiker, solange unter ihnen ein Konsens besteht, im medialen Diskurs durchsetzen und die Agenda bestimmen.

Erstens haben die Medien im Kriegsfall wenig unabhängige Informationen um ein anderes Bild des Krieges oder der politischen Möglichkeiten darzustellen, sondern sind auf die Informationen der Regierungsstellen angewiesen (Informationelle Repression).

²⁷ zur Entwicklung der Umfrageergebnisse : Dietmar Wittich : „Anhaltender Krieg und bleibende Skepsis-Spärliche Informationen, markige Sprüche und geteilte Meinungen in der Öffentlichkeit“ auf der Webseite der AG Friedensforschung an der Uni GH Kassel : <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Medien/wittich.html>

Zweitens kommen in den Medien hauptsächlich die politische Elite zu Wort, deren Einschätzungen werden am häufigsten aufgegriffen und zitiert, was dazu führt, dass nahezu ausschließlich deren Positionen in den Diskurs einfließen (Fokussierung auf Eliten).

Drittens scheint von Seiten der Medien wenig Interesse vorhanden zu sein aus dem Diskurs auszubrechen, tabuisierte Fragen aufzuwerfen, oder andere Standpunkte auf die Agenda zu setzen (Konformität).

Die Medien erscheinen also in dieser Betrachtung nicht als 'vierte Gewalt', welche eine Kontrollfunktion gegenüber dem restlichen politischem System einnimmt, und damit die Macht der Regierenden einschränkt. Im Gegenteil verstärken sie deren Einfluss noch, indem sie ihre 'Policy – Line' in den politischen Diskurs transportieren, als Transmissionsriemen nur in eine Richtung, nämlich von den Politikern zur Bevölkerung, funktionieren und instrumentalisiert werden. Das gilt auf jeden Fall für den Afghanistankrieg und zahlreiche Arbeiten belegen dies auch im Falle des Kosovokrieges. Ihnen die alleinige Schuld an dieser Einseitigkeit zuzuweisen wäre jedoch falsch. Mindestens zwei weitere Akteure tragen Verantwortung für diese Art von Berichterstattung : Das Medienpublikum einerseits und die politische Elite und deren Institutionen andererseits.

Ökonomisch betrachtet fragt das Publikum Nachrichten nach, und Nachrichten werden von privaten, kommerziellen Medien in der Form angeboten, wie sie sich am besten verkaufen. Es zeigt sich, dass hinsichtlich des Aspektes Konformität die öffentlich- rechtlichen Medien vielseitigere Betrachtungen liefern als die privaten. Wer ist schuld an der Berichterstattung der Bildzeitung – die Redakteure oder die Käufer? (Ökonomisch betrachtet muss man allerdings zugleich feststellen, dass die Medien ein Interesse an Kriegen haben, denn sie steigern die Verkaufszahlen und Einschaltquoten.)

Die Anstrengungen der politischen Elite, sich im politischen Diskurs durchzusetzen, werde ich im folgenden herausarbeiten. Dabei zeigt sich, dass sich ihr Engagement quasi symmetrisch zu den strukturellen Defiziten der Medien auf informationelle Repression und Bereitstellung von Elitenquellen konzentriert.

4.2. Wege zur Deutungsmacht oder die beiden Gesichter der Zensur.

„Und obwohl die Medien von der NATO- Operation nicht besonders überzeugt waren, bedienten wir uns der Medien, um dem einfachen Mann von der Straße unsere Botschaft zu übermitteln“²⁸

„Die Medienkampagne zu gewinnen, ist genauso wichtig, wie die militärische Kampagne für sich zu entscheiden“²⁹

Jamie Shea, NATO – Sprecher.

Man sollte Jamie Shea für seine Offenheit in dem Artikel „Die Kosovo – Krise und die Medien: Reflexionen eines NATO – Sprechers“ in der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden dankbar sein. In ihm beschreibt er das Informationsmanagement der NATO während des Kosovo – Konfliktes und berichtet über seine Erfahrungen und Eindrücke mit und über die Medien.

Dabei wird schnell deutlich, was politische Institutionen tun müssen um eine Medienkampagne, einen ‘Krieg um die Köpfe’ zu gewinnen. Man muss einerseits die Bilder und die Nachrichten kontrollieren, und andererseits seinen eigenen Standpunkt so oft wie möglich in den Medien platzieren. Durch das Zusammenspiel dieser beiden Komponenten wird die Berichterstattung der Medien fast zwangsläufig konform. Diese Erkenntnisse sind allerdings schon so alt, wie die Kriegsberichterstattung selbst. Die Methoden, nach denen sie umgesetzt werden, wurden seit dem perfektioniert.

Wenden wir uns zunächst dem Aspekt der Informationellen Repression zu. Wie werden die Bilder und Nachrichten kontrolliert ? 1845 begleitete William Howard Russel als erster moderner Kriegsberichterstatter für die ‘London Times’ die englischen Truppen im Krimkrieg. Seine Redaktion gibt die Direktive „No dead bodies“ aus. Dennoch führt Großbritannien gegen Ende des Krieges die staatliche Zensur ein, mit der offiziellen Begründung, es würden zu viele militärische Fakten öffentlich. Der selbe Grund rechtfertigte die Zensur im amerikanischen Bürgerkrieg und den beiden Weltkriegen. In zunehmendem Maße waren die Berichterstatter zusätzlich auf das Militär angewiesen um ihre Informationen an die Redaktionen zu senden. Das Militär hat die schnellsten Kommunikationssysteme vor Ort. Material,

²⁸ Jamie Shea, „Die Kosovo-Krise und die Medien : Reflexionen eines NATO-Sprechers“ in : Sicherheit und Frieden Heft 3/2000

welches den Krieg nicht im Sinne des Militärs darstellt wird gleich zensiert oder gelangt erst über Umwege an die heimische Redaktion. Im Vietnamkrieg hatten die Berichterstatter hingegen große Bewegungsfreiheit und brachten den Krieg, so wie er war, über das Fernsehen in die Wohnzimmer. Mit fatalen Folgen für die US-amerikanische Regierung : Die Stimmung in der Bevölkerung kippte gegen den Krieg und die Medienkampagne sowie die militärische Kampagne wurde verloren, jedenfalls nicht gewonnen. Die Stimmung gegen den Vietnam-Krieg war wesentliche Triebfeder der Protestbewegungen der späten sechziger und frühen siebziger Jahre. Die USA und damit alle anderen Staaten haben endgültig gelernt, dass Pressefreiheit in Kriegen den eigenen Sieg gefährdet. Seit dem ist Informationsmanagement Teil der Kriegsführung selbst³⁰. Fortan musste alles Bildmaterial von der Front einer militärischen Prüfung unterzogen werden, immer noch unter dem Vorwand, dem Feind keine militärischen Informationen zukommen zu lassen. Das von den Briten im Falkland – Krieg eingeführte Pool – System wird auch von den USA im Golfkrieg übernommen: Nur wenige, ausschließlich britische Journalisten, von großen regierungsfreundlichen Agenturen und Medien wurden im Kriegsgebiet zugelassen. Die Regierung beanspruchte das Monopol über die Verbreitung von Informationen über die Gefechte. Im Golfkrieg wurden den Journalisten zusätzlich Programme wie 'Eine Woche Flugzeugträger' angeboten. Bilder von der Front gab es keine. Die Situation in Afghanistan ist unklarer. Das Poolsystem wurde quasi durch die Dominanz des CNN vor Ort ersetzt³¹. Im Gegenzug zu einer regierungsfreundlichen Berichterstattung³² wird dem Sender eine informationelle Monopolstellung eingeräumt. Der von den Taliban geduldete arabische Nachrichtensender Al-Dschasira liefert zwar Gegeninformationen, erreicht aber in Deutschland kein Publikum. Die deutschen Medien beziehen ihre Informationen außer von Regierungsstellen hauptsächlich von CNN. Angesichts der technischen Möglichkeiten ist es kaum fassbar, wie wenig über ein so wichtiges politisches Ereignis wie den Afghanistankrieg bekannt ist. Die US-Regierung gibt monatlich zwei Millionen Euro aus, um zu verhindern, dass Satellitenaufnahmen unzensiert

²⁹ ebd.

³⁰ in der „Joint Doctrin for Information Operations“ des US-Generalstabs werden Richtlinien zu Propaganda und psychologischer Kriegsführung genauso als Information Warfare betrachtet wie über Satelliten vernetzte Soldaten und Virusangriffe auf feindliche Computernetze.

³¹ vgl. Peter Glotz : „Die Wahrheit gibt es später“ in Neues Deutschland 15.10.2001

³² „Regierungsfreundliche Berichterstattung“ ist freilich ein undifferenzierter Begriff für so ein großes Medium, es sei aber in diesem Zusammenhang noch einmal auf das oben erwähnte Memo und die Äußerungen des CNN-Vorsitzenden Isaacson verwiesen

veröffentlicht werden. Sie schloss einen Exklusivvertrag mit der Firma 'Space Imaging' in Colorado, welche die Aufnahmen des Satelliten IKONS, dem einzigen private Satellit der brauchbare Bilder von Afghanistan machen kann, vertreibt³³. Der Einsatz des KSK wurde vom deutschen Verteidigungsministerium zunächst geheimgehalten. Nachdem die 'Stuttgarter Zeitung' und später die 'Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung' Informationen erhielten, die Truppe wäre bereits im Einsatz, wollte das Einsatzführungskommando mit der klassischen Begründung immer noch keine weiteren Informationen herausgeben : *„Ein Sprecher wollte mit Rücksicht auf die Sicherheit der Soldaten einen Bericht der 'Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung' weder bestätigen noch dementieren. 'Wenn dort irgendwelche Männer im Einsatz sind, hat Sicherheit oberste Priorität', sagte er am Sonntag der dpa. 'Das ist eine hoch brisante Angelegenheit. Jede Information zu der Problematik kann das Leben der Männer auf's Spiel setzen' "*³⁴. Bereits zuvor hatte das Verteidigungsministerium versucht, Spekulationen über einen Einsatz des KSK mit der Moralkeule zu beenden : *"Wir weisen darauf hin, dass derartige Meldungen im Sinne der Sicherheit der deutschen sowie verbündeten Soldaten und ihrer Verwandten unverantwortlich sind"*³⁵, kritisierte das Verteidigungsministerium am 20.09.2001 laut Presseagentur Reuters die Veröffentlichungen.

Die Medien erhalten also nur stark gefilterte Informationen. Das ist die klassische Zensur, auf deren Mechanismen ich nicht näher eingehen möchte.

Diese Zensur verhindert aber nicht nur die Veröffentlichung kritischer Informationen. Sie schafft zusätzlich ein Informationsvakuum, welches von den politischen Eliten gefüllt wird. Das Publikum und die Medien interessieren sich für Kriege. Sind keine Informationen vorhanden, so liefern die Medien Interpretationen und, wegen ihrer Fixierung auf Eliten, hauptsächlich Interpretationen entsprechend deren Agenda und 'Consensus'. Die politischen Eliten ihrerseits bemühen sich, diese Interpretationen im Überfluss bereitzustellen. Jamie Shea schreibt in diesem Zusammenhang : *„Unser Credo bei der NATO bestand immer darin, ständig auf Sendung zu sein, die Gegenseite einfach gar nicht zu Wort kommen zu lassen, jedes erdenkliche Interview*

³³ Quelle : „Afghanistan : US- Militärpropaganda mit falschen Bildern“ in der Sendung Monitor (WDR) vom 08.11.2001 im Internet unter : http://www.wdr.de/tv/monitor/pdf/011108a_afghanistan.pdf

³⁴ Der Verein „Großkaliber Sportschützen Wuppertal“ sammelte Agenturberichte über das KSK, welche den Einsatz und dessen Verschleierung dokumentieren. Im Internet unter <http://home.arcor.de/gssw1997/ksk/index.htm>

³⁵ Ebd.

*zu geben, jedes erdenkliche Briefing abzuhalten und senden zu lassen.*³⁶ Und freut sich in diesem Zusammenhang über das Informationsvakuum : *„Der Vorteil dieser 24-Stunden-Sender besteht darin, dass sie viel Sendezeit füllen müssen und dafür wenig Geld ausgeben möchten. Eine der besten Möglichkeiten, eine Stunde Sendezeit praktisch umsonst zu füllen, besteht darin, das tägliche Briefing der NATO zu senden.*³⁷

In diesen Briefings werden natürlich die Informationen verbreitet, welche der 'Policy Line' entsprechen. Deshalb fanden die Briefings im Kosovo – Krieg um 15.00 Uhr (MEZ) statt, um die Zeit „zu der die meisten Menschen auf der Welt fernsehen“³⁸. Das dabei auch im Falle des Afghanistan – Krieges schlichtweg gelogen wird bewies z.B. der Bericht „Afghanistan : US- Militärpropaganda mit falschen Bildern“ in der 'Monitor'-Sendung vom 8.November³⁹.

Zugleich etablieren diese Briefings militärische Denkstrukturen beim Publikum und vermitteln ihm das absurde Gefühl genau über die Vorgänge Bescheid zu wissen. Schon im amerikanischen Bürgerkrieg wurden täglich Kriegsbuletins mit geschönten Erfolgsmeldungen veröffentlicht, um einerseits die Illusion von Transparenz und andererseits schlicht Falschinformationen zu verbreiten. Diese Funktion erfüllen sie auch heute noch. Dabei ist auffällig, dass eine militärische Fachsprache verwendet und von den Medien zitiert wird. Sie transportiert zwar nur beschränkt für das Publikum dekodierbare Informationen, dafür aber das Gefühl, dass sich Spezialisten um die Sache kümmern und alles in Ordnung ist.

Das selbe war auch bei den zahlreichen Reden und Interviews, vor allem der deutschen Regierungsvertreter, zu bemerken. Wenn Schröder, Fischer oder Scharping Statements zur neuen sicherheitspolitischen Verantwortung abgaben, so sprachen sie nur davon, was nun zu tun wäre, was man erwägt und was man beschließen wird. Dass mit 'man' nicht die Bevölkerung sondern die politische Elite gemeint ist, wird dabei deutlich.

Welchen Einfluss auf den politischen Diskurs diese Reden von Spitzenpolitikern haben, zeigt sich schon am bis heute täglich zitierten Schlagwort der 'Uneingeschränkten Solidarität'. Einmal vom Bundeskanzler geäußert, prägte es

³⁶ Shea, 2000.

³⁷ Ebd.

³⁸ Ebd.

³⁹ Als Beweis für militärische Erfolge präsentierte General Richard B. Myers ein Video mit Satellitenaufnahmen von beschädigten Flugzeugen auf dem Flughafen von Kabul. Monitor zeigt eine Aufnahme aus dem April 2000 auf dem die bereits kaputten Flugzeuge in der selben Anordnung stehen.

wochenlang den politischen Diskurs und die deutsche Außenpolitik selbst. Solche Reden und Stellungnahmen sind für die politische Elite eine einfache Möglichkeit, den eigenen Standpunkt zu platzieren. Dabei halten sich die Politiker meist an Schlagworte und simple Zusammenhänge die ständig wiederholt werden, bis sie als Sachzwänge oder Grenzen des Möglichkeitsraumes in den Diskurs eingehen. Die Reden eines Bundeskanzlers oder Ministers werden in den Zeitungen oder Nachrichten zitiert, unabhängig davon ob sie neue Standpunkte oder Informationen enthalten. Je nach Anlass erscheinen sie noch auf der Titelseite oder werden im Leitartikel kommentiert. Oft ist damit der Diskurs in den Medien bereits abgeschlossen. Wenn ein Friedensforscher, Arundhati Roy oder eine Vertreterin der RAWA eine Rede halten, haben sie keine vergleichbare Öffentlichkeit, wohl aber differenziertere und oft bessere Einschätzungen.

Für die Medien besonders einfach zu handhaben sind auch die Pressemitteilungen der Ministerien und Ämter. Man kann sie bedenkenlos zitieren, da es sich um 'glaubwürdige' Quellen handelt. Auch sie argumentieren lediglich im Rahmen der Agenda und sind von ihrer Form her für die mediale Verwertung ausgelegt.

Die Pressestellen der NATO und der Ministerien kreieren ständig Nachrichten. Diese Pseudoereignisse weisen drei Merkmale auf : Erstens entsprechen sie der politischen Agenda, enthalten also die gewünschten Freund – Feind Schemata, und legen diejenigen Handlungsoptionen nahe, die der 'Policy Line' entsprechen. Zweitens ist ihr Informationsgehalt verhältnismäßig gering und drittens sind sie von vornherein auf die Formate der Medien zugeschnitten. Beispiele im Afghanistankrieg sind etwa die Trauerfeiern in NY, Truppenbesuche, und das Schicksal des einäugigen Löwen Marjan. Sie entsprechen in Frequenz, Eindeutigkeit, Konsonanz, Kontinuität und Personalisierung den Bedingungen für Nachrichten⁴⁰. Seit dem Golfkrieg werden von den Regierungen zusätzlich private PR-Agenturen beauftragt, um solche Nachrichten zu generieren. Mira Beham beschreibt in ihrem Buch 'Kriegstrommeln'⁴¹ die Entstehung und Aufklärung eines solchen Pseudoereignisses mit gewaltigem Ausmaß. Die 'Brutkastenlüge' bei einer Anhörung vor dem Kongress im Vorfeld des Golfkrieges, von der PR –Agentur Hill & Knowlton entwickelt und der

⁴⁰ Frequenz, Eindeutigkeit, Konsonanz, Kontinuität und Personalisierung sind fünf der von Galtung/Ruge(1965) ausgemachten Faktoren, die ein Ereignis zur Nachricht machen. Vgl. Elisabeth Noelle Neumann (HG) u.a. :

„Fischer Lexikon Publizistik – Massenkommunikation“, Fischer, Frankfurt a.M. 2000

⁴¹ Mira Beham : „Kriegstrommeln – Medien Krieg und Politik“, dtv 1996

Tochter des Kuwaitischen Botschafters vorgetragen ging um die Welt und legitimierte scheinbar endgültig das militärische Eingreifen der USA.

Daneben gibt es zahlreiche Institutionen mit dem Zweck, den außenpolitischen Diskurs zu beeinflussen. Die NATO koordiniert ihr Informationsmanagement über den Media Operation Center, das Office of Strategic Influence des Pentagon verbreitete gezielt Falschinformationen an andere Regierungen und der Terminologieausschuss der Bundeswehr arbeitet an möglichst harmlosen Namen für möglichst zerstörerische Waffen.

Ein bisher Ausgeblendeter Aspekt ist die Sprache. Die Dominanz der politischen Elite in den Medien führt dazu, dass auch deren Sprache verwendet wird. Das hat zweierlei Effekte : Erstens führt diese Sprache generell dazu, dass es Menschen mit wenig politischer Vorbildung oder Interesse schwer fällt, einen Zugang zum politischen Diskurs zu finden. Zweitens enthält Sprache auch immer Werturteile, die allein durch die Verwendung und Zitierung ständig wiederholt werden und die öffentliche Wahrnehmung beeinflussen. Oben wurden schon die Bezeichnungen 'Enduring Freedom' und 'Infinite Justice' für Militärische Operationen erwähnt. Wer definiert, ob es sich um eine 'Friedensmission' um 'Luftschläge' oder um Krieg handelt bestimmt die Wahrnehmung der Öffentlichkeit. Der Professor für deutsche Sprache Joachim S. Heise drückt diesen Aspekt der Deutungsmacht so aus : *„Durch beschönigenden Wortgebrauch, euphemistisch Neologismen, Phraseologismen und Metaphern versuchen Regierung und Militärs ein gleichförmiges Verhalten und Denken zu schaffen, um die eigene Herrschaftsausübung und einen Krieg zu legitimieren“*⁴².

5. Ergebnisse und Schlussfolgerungen...

5.1. ...dieser Arbeit

Der ausführliche empirische Teil dieser Arbeit erbrachte also folgende Ergebnisse :

- 1.) Nach dem 11.9.2001 bestand in der politischen Elite Deutschlands weitgehend Einigkeit darüber, dass die Anschläge eine Kriegserklärung bedeuteten, dass auf sie mit militärischen Mitteln reagiert werden müsse und dass sich Deutschland daran beteiligen sollte. Es existierte ein 'Elite Consensus'

⁴² Joachim S. Heise : „Reden über den Krieg – reden im Krieg. Eine linguistische Annäherung an den ersten Weltkrieg“, in Muttersprache 2/2000

- 2.) Die deutschen Medien reflektierten diesen 'Consensus' weitgehend unkritisch und verstärkten die Freund / Feind – Dichotomien, die von der Politik vorgegeben wurden. Sie ließen wegen ihrer Fokussierung auf die (politischen) Eliten diese die Medienagenda bestimmen und reduzierten den politischen Diskurs auf diese Akteure und festigten damit deren Macht.
- 3.) Die politische Elite sichert ihre diskursive Macht in Kenntnis der Mechanismen des politischen Diskurses durch informationelle Repression einerseits und ständige Präsenz und Wiederholung der eigenen Interpretation andererseits.

Diese Feststellungen müssen allerdings noch ergänzt und relativiert werden.

Ad 1.) Konsens im Sinne von Einstimmigkeit lag nur vor, wenn man den Begriff der politischen Elite sehr eng fasst, etwa auf die Fraktionsvorsitzenden der Parteien (ohne PDS), den Bundeskanzler und die Außen-, Verteidigungs- und Innenminister. Im Falle des 'Kriegs gegen den Terror' bestand aber auch darüber hinausgehend bei der überwiegenden Zahl der Bundestagsabgeordneten und der politischen Beamten in den Ministerien Einigkeit in den meisten, zumindest in den grundlegenden Punkten. Dieser Relativierung des Idealbegriffs Konsens versuchte ich durch die Beibehaltung des englischen Begriffs 'Consensus' in Anführungszeichen gerecht zu werden. Er stellt einen Arbeitsbegriff für die beschriebene Einigkeit dar.

Diese nicht von der Hand zu weisende Einigkeit mag prinzipiell in außenpolitischen Fragen häufiger auftreten als in anderen Politikfeldern, da hier der Staat als eigener Akteur nach außen wirkt und nach innen das 'nationale Interesse' integrierend wirkt. Außerdem stellen die Anschläge auf das WTC ein außergewöhnliches Ereignis dar, welches wegen seiner Aggressivität ohnehin weltweit recht ähnliche Bewertungen ausgelöst hat. Ich habe also kein typisches, sondern ein extremes Beispiel zur Überprüfung der Deutungsmacht der politischen Elite gewählt. Zum Abschluss der Arbeit werde ich aber davon ausgehend die Frage aufwerfen, ob solch ein 'Consensus' innerhalb der politischen Elite nicht grundsätzlich vorhanden ist.

Ad 2.) Hier bin ich mir darüber bewusst, dass meine Ergebnisse sowie die dargestellten Beispiele eine Pauschalisierung darstellen. Das ist aber zwangsläufig, wenn man ein so komplexes und vielseitiges Gebilde wie die Medien insgesamt beschreiben will. Viele der Informationen, die gegen den Willen der politischen Elite zu uns vorgedrungen sind, sind Folge von Enthüllungsjournalismus und eigenständiger Recherche in unabhängigen Quellen und viele der hier vorgebrachten

Einschätzungen decken sich mit oder zitieren Artikel in eben den kritisierten Medien. Es hätten sich also auch zahlreiche Beispiele für kritische Berichterstattung finden lassen⁴³. In zwei Punkten trifft die Pauschalisierung aber meiner Meinung nach zu : Alle Medien (im oben definierten Sinne) berichten zu wenig über den anhaltenden Krieg und dessen Schattenseiten und fokussieren sich stark auf die politische Elite. Letzteres ist letztendlich die Grundlage ihrer diskursiven Macht, einer Macht deren Legitimität zumindest fragwürdig ist.

Gründe für diese Fokussierung sind einerseits die traditionellen Formen der Medien und deren Verständnis von Nachrichten. Die Artikel in den Zeitungen sind genauso in einer vordefinierten Struktur angeordnet wie die Nachrichtensendungen und in deren Mittelpunkt stehen Politiker. Hier würden neue Formate helfen. Die ARTE Abendnachrichten 'Arte Info' beispielsweise lassen von vornherein mehr Raum für Hintergrundberichte und thematisieren auch manchmal Themen jenseits der Agenda. Im Mittelpunkt steht zwar auch hier noch die politische Elite und deren Politik, aber trotzdem sicherlich ein progressives Konzept.

Andererseits ist diese Fokussierung auf die politische Elite kein spezifisches Problem der Medien sondern Teil des Politikverständnisses in westlichen Demokratien überhaupt. Politik wird von vielen durch das definiert, was die politische Elite macht und was also in den Nachrichten kommt. Das eigene Konsumverhalten, Beteiligung an Bürgerinitiativen, Entscheidungen der Wirtschaft oder Design, all das ist politisch, wird aber kaum so wahrgenommen, obwohl es oft mehr Einfluss auf das gesellschaftliche Leben hat als irgendein Pseudoereignis. Inwiefern hier das Politikverständnis des Publikums die Agenda der Medien bedingt oder andersherum lässt sich schwer sagen, vermutlich würde aber eine Öffnung dieser Agenda auch das Politikverständnis der Bevölkerung erweitern.

Ad 3.) Informationeller Repression ist in Kriegszeiten sicherlich schwer beizukommen. Oft ist Kriegsberichterstattung gefährlich und kaum zumutbar. Die Militärs haben kein Interesse an der Verbreitung kritischer Informationen aus dem Einsatzgebiet, aber vor Ort haben sie das Sagen und zwar in einem Kontext, der mit den rechtstaatlichen Bedingungen in Deutschland nicht vergleichbar ist. Die Medien neigen trotz aller Propaganda dazu, den Institutionen der politischen Elite mehr Glauben zu schenken, als anderen Akteuren, etwa NGOs vor Ort. Beziehen sie sich auf alternative Quellen, gehen sie ein größeres Risiko ein. Zweifellos würde mehr

⁴³ Eine Zusammenfassung einiger kritischer Kommentare findet sich unter :

eigenständige Recherche der Medien den politischen Diskurs erweitern und die Deutungsmacht der Elite schmälern. Da eigenständige Recherche aber oft eine ökonomische Frage ist, kann man hier hauptsächlich an die Medienkonsumenten appellieren.

5.2. ...und darüber hinaus.

Was ich in dieser Arbeit herausgearbeitet habe ist die Tatsache, dass die politische Elite, sofern ein 'Consensus' existiert, den politischen Diskurs dominiert. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit ist der Wahlkampf in Deutschland in vollem Gange und man könnte argumentieren, dass ein solcher 'Consensus' außer im beschriebenen Falle des 'Krieges gegen den Terror' fast nie zu Stande kommt. Ich möchte aber noch zum Schluss die These aufwerfen, dass in vielen Hinsichten ein 'Consensus' innerhalb der politischen Elite besteht und zwar ständig und strukturell determiniert.

Ein Element diese 'Principle Consensus' ist zunächst das politische System selbst. Zu ihm müssen sich alle Mitglieder der politischen Elite bekennen, aus ihren Reihen ist keine fundamentale Kritik dieses Systems zu erwarten. Das zweite Element ist die eigene Rolle in diesem System, kein Mitglied der politischen Elite findet seine Rolle als politische Elite falsch oder will sie aufgeben. Lafontaine und Gysi gaben ihre Rolle auf und waren fortan kein Mitglied mehr der politischen Elite. Ein drittes Element stellt also auch die Auffassung von Politik an sich und ihrer Form, nämlich, dass das was man selbst im politischen System macht, Politik ist. So kommen zu diesen strukturellen Gemeinsamkeiten also noch gemeinsame Sichtweisen dessen, wie Politik etwa im Wahlkampf auszusehen hat, welche Themen man aufwirft und welche nicht. In jedem Politikfeld sind Tabuthemen wie eine kritische Haltung gegenüber Israel, ein anderes Wirtschaftssystem oder militärische Neutralität auszumachen. Gibt es diesen 'Principle Consensus', so wäre der Möglichkeitsraum im politischen Diskurs also immer durch den Grundkonsens der politischen Elite geprägt bzw. abgegrenzt und der lautet zumindest : Macht- und Systemerhalt. Oder kann sich Jemand vorstellen, dass der Bundestag seine Abschaffung beschließt ?

5.3 Nachtrag zur Haltung der Bundesregierung zur Irak-Frage

Im Laufe des Wahlkampfes änderte die Regierung ihre Position gegenüber den USA und sprachen sich gegen einen Angriff auf den Irak aus. Das Ende der „Uneingeschränkten Solidarität“ brachte Rot-Grün zusätzliche Stimmen und war vielleicht gar Wahlentscheidend. Die Medien nahmen diesen wesentlichen Polarisationspunkt zur CDU dankbar auf und berichtete wohlwollend über das Vorhaben, sich nicht an einem Angriff auf den Irak zu beteiligen. Die Bevölkerung spricht sich in Umfragen zunehmend gegen einen Krieg gegen den Irak aus.

Dieser Sachverhalt lässt sich nun wiederum auf zwei Arten interpretieren, die eine unterstützt meine These von der Deutungsmacht der politischen Elite, die andere scheint sie zu widerlegen. Knackpunkt ist wiederum die Richtung des politischen Diskurses.

Man könnte argumentieren, die deutsche Öffentlichkeit wäre gegen einen weiteren Krieg und die Bundesregierung hätte diese Position übernommen, um ihre Chancen bei der Wahl zu erhöhen. Das würde für einen demokratischen politischen Diskurs sprechen und der Bevölkerung die diskursive Macht zuordnen, die über die Medien und Meinungsumfragen an die politische Elite herangetragen wird. So wird das Umschwenken der Bundesregierung vorrangig interpretiert.

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall : Die politische Elite, in diesem Fall reduziert auf die Bundesregierung, hatte nie Interesse an einem Krieg gegen den Irak. Im Gegensatz zu Afghanistan bestehen verhältnismäßig gute ökonomische Beziehungen zwischen Deutschland und dem Irak. Zugleich zeigte der Afghanistan-Krieg, dass die USA vor allem die Kosten des Krieges auf ihre Verbündeten abwälzen. Der Afghanistan – Krieg war Voraussetzung des „deutschen Weges“, nun soll er beschritten werden. Im Schatten der mächtigen Verbündeten, den USA, wurde die deutsche Außenpolitik weiter militarisiert, nun will man sich zugleich als Gegengewicht zu den USA darstellen.

Der Öffentlichkeit hingegen sind diese Unterschiede nicht bewusst. Vor dem Umschwenken der Bundesregierung sprachen sich in Umfragen etwa gleich viele Menschen für einen Krieg gegen den Irak aus wie gegen Afghanistan. Zwar war der zeitliche Abstand zu den Terroranschlägen zwischenzeitlich gewachsen und das Hauptargument für Krieg damit etwas abgeschwächt. Auf der anderen Seite wirkte die Propaganda der früheren Golfkriege noch nach. Saddam Hussein war bereits als menschenverachtender Diktator gebrandmarkt und sicherlich in der Öffentlichkeit

bekannter als Osama bin Laden vor den Attentaten, Irak der klassische Schurkenstaat. In Deutschland sprach sich stets nur eine knappe Mehrheit für Krieg aus, wurde aber, wie ich oben beschrieben habe, zur öffentlichen Meinung stilisiert. Nun schaffte es die Bundesregierung, diese Wahrnehmung umzukehren. Die deutsche Berichterstattung, zuvor grundsätzlich im Einklang mit der amerikanischen reagierte prompt und spricht plötzlich von amerikanischer Propaganda. Das Argument, das irakische Regime habe und produziere Massenvernichtungswaffen, die es auch einsetzen möchte, wird nicht mehr wie im Fall Afghanistan oder den Milzbranderregern übernommen, sondern eher entkräftet. Saddam Hussein wird von den Medien als Staatsmann behandelt, die Bezeichnung 'Diktator', früher obligatorisch, verschwindet momentan aus den Presseerklärungen des Außenministeriums und damit auch aus den Medien.

Dies ist eine beachtliche Wende im Diskurs. Ohne die inhaltlichen Gründe zu nennen ist es der Regierung gelungen, den Diskurs in eine ganz andere Richtung zu führen, als beim Afghanistan – Krieg. Umfragen zeigen, dass sich das auch im Meinungsbild der Öffentlichkeit niederschlägt, die öffentliche Meinung wird nun aus den Friedensbewegten Teilen der Bevölkerung reproduziert, die zuvor im politischen Diskurs eher ignoriert wurden.

Sicherlich war der Wahlkampf und seine Aufbereitung in den Medien ein guter Hintergrund für die implementierung des „deutschen Weges“. Die Medien waren dankbar über ein Thema, bei dem die Kandidaten gegensätzliche Positionen hatten. Die Regierung wusste diese Situation offensichtlich zu nutzen und machte einmal mehr gebrauch von ihrer Deutungsmacht.

6. Literatur:

Becker, Helmut :“Die Logik der Strategie : eine Diskursanalyse der politischen Philosophie Michael Foucaults“ Frankfurt a. M, Materialis-Verlag, 1981

Becker, Jörg : „Afghanistan : Der Krieg und die Medien“ in : Wissenschaft und Frieden 1/2002

Bundestag, Plenarprotokoll 14/186

Bünger, Iris : „Apocalypse Now?- Diskursanalytische Überlegungen zur Bild-Berichterstattung unmittelbar nach dem 11.9.2001“ : in DISS – Journal Nr. 9, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 2001

Drücke, Bernd: „Feindbild Antimilitarist. Ein GWR-Interview mit dem vom Dienst suspendierten Lehrer Bernhard Nolz“, in: Graswurzelrevolution Nr. 265, Münster 2002: 3

- Edwards, David : „Why is the mainstream media ignoring the mass death of Afghan civilians?“, in : The Ecologist 22.02.2002
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg), Konferenzband zu „Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?“ Berlin, 11.5.2000
- Glötz, Peter : „Die Wahrheit gibt es später“, in : Neues Deutschland 15.10.2001
- Gräfe, Stefanie : „Im Westen nichts Neues“ in Forum Wissenschaft 1 / 2002
- Heise, Joachim S.: „Reden über den Krieg – reden im Krieg. Eine linguistische Annäherung an den ersten Weltkrieg“, in Muttersprache 2/2000
- Jäger, Siegfried: „Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung“, Duisburg, 1993
- Joerges/Neyer : „Transforming strategic interaction into deliberative problem solving“, in : Journal of European Public Policy 4/1997
- Keller, Reiner (Hg): „Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse Band: 1- Theorien und Methoden, 2001
- Mira Beham : „Kriegstrommeln – Medien Krieg und Politik“, dtv, München 1996
- Nietschmann, Johannes : „Journalistischer Ausnahmezustand“ in : Menschen machen Medien- Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 10/ 2001
- Noelle Neumann, Elisabeth (HG) u.a. : „Fischer Lexikon Publizistik – Massenkommunikation“, Fischer, Frankfurt a.M. 2000
- N.N. : „Schnell, kompetent und mit Distanz“, dokumentierte Debatte des „15. Journalistinnen und Journalistentages der dju in ver.di“ in Auszügen, in : Menschen machen Medien- Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 1-2 2002
- Schmalz-Bruns, Rainer : „Bürgerschaftliche Politik – Ein Modell zur Demokratisierung der Europäischen Union ?“ in : Wolf (Hg) : „Projekt Europa im Übergang“, Baden Baden, 1997
- Shea, Jamie : „Die Kosovo-Krise und die Medien : Reflexionen eines NATO-Sprechers“ in : Sicherheit und Frieden Heft 3/2000
- Sontag, Susan : „Die falsche Einstimmigkeit der Kommentare“ in : Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.09.2001, Nr. 215 / S. 45
- Strobel, Warren : „Late-breaking foreign policy : the medias´ influence on peace operations“ US institute of peace, 1997.
- Winterhoff-Spurk, Peter : „Fernsehen : Fakten zur Medienwirkung“, Bern ; Göttingen : Huber, 2001
- Vincent, Richard C./ Galtung, Johan : „Krisenkommunikation morgen. Zehn Vorschläge für eine andere Kriegsberichterstattung“, in: , Löffelholz, Martin (Hrsg.): „Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation“, Opladen 1993, S.177 – 210

Internet :

Eine kurze Zusammenfassung aktueller Studien zu Teilaspekten der Medienwirkung findet sich im internet unter :

http://www.uni-leipzig.de/~cwuensch/pk_ws0001_literaturrecherche_zusammenfassung.PDF

Volker Heins vom Institut für Sozialforschung Frankfurt führte eine Diskursanalyse der Tageszeitung (taz) und der FAZ durch :

http://www.ifs.uni-frankfurt.de/people/heins/heins_tutzing.pdf

Bush´s Reden auf der Web-Seite des Weissen Hauses :

<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010912-4.html>

Plenarprotokoll 14/186, im Internet unter :

<http://dip.bundestag.de/btp/14/14186.pdf>

Der Artikel von Sonja Mikich : „Über die Diskussion post festum“ im Internet unter :

www.igmedien.de/publikationen/m/200/07/10.html

David Edwards „Why is the mainstream media ignoring the mass death of Afghan civilians?“ in The Ecologist 22.02.2002, deutsche Übersetzung stammt von der Internetseite der RAWA Deutschland :

http://www.rawa-germany.de/aktuell/aktuell_030.html

Zur Entwicklung der Umfrageergebnisse : Dietmar Wittich : „Anhaltender Krieg und bleibende Skepsis - Spärliche Informationen, markige Sprüche und geteilte Meinungen in der Öffentlichkeit“ auf der Webseite der AG Friedensforschung an der Uni GH Kassel :

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Medien/wittich.html>

„Afghanistan : US- Militärpropaganda mit falschen Bildern“ in der Sendung Monitor (WDR) vom 08.11.2001 im Internet unter :

http://www.wdr.de/tv/monitor/pdf/011108a_afghanistan.pdf

Der Verein „Großkaliber Sportschützen Wuppertal“ sammelte Agenturberichte über das KSK, welche den Einsatz und dessen Verschleierung dokumentieren. Im Internet unter : <http://home.arcor.de/gssw1997/ksk/index.htm>

Eine Zusammenfassung einiger kritischer Kommentare in Tageszeitungen findet sich unter : <http://home.online.no/~boethius/wtc/lys0.htm#ned>